



Niederschrift

30. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Sitzungstermin:	Dienstag, 22.03.2016
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	22:00 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
-----------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	Vertretung für: Herrn Pete Heuer SPD
Herr Lars Eichert	CDU/ANW	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für: Herrn Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis-FDP
Frau Dr. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	

zusätzliches Mitglied

Frau Anja Heigl	DIE aNDERE
-----------------	------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Klaus-Peter Kaminski	DIE LINKE
Herr Marcus Krause	SPD

sachkundige Einwohner

Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	ab 18:05 Uhr
Herr Frank Kulok	Bürgerbündnis	
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten	
Herr Bernd Putz	CDU/ANW	
Herr Wolfgang Schütt	DIE aNDERE	
Herr André Tomczak	SPD	
Herr Rudi Wiggert		

Beigeordneter

Herr Andreas Goetzmann i. V. des
Beigeordneten GB4

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Pete Heuer	SPD	entschuldigt
Frau Babette Reimers	SPD	entschuldigt
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	nicht teilgenommen
----------------------	-----	--------------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	entschuldigt
--	-----	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Dau	SPD	nicht teilgenommen
Herr Christian Schirrholtz	DIE LINKE	nicht teilgenommen

Gäste

Herr Reik Becker	Bereich Verkehr und Technik (zu TOP 4.1, 4.3, 4.5, 5.5)
Herr Torsten Wustrack	Bereich Verkehr und Technik (zu TOP 4.1, 4.6)
Herr Mathias Baßel	Bereich Verkehr und Technik (zu TOP 4.6)
Frau Uta Kitzmann	Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren (zu TOP 4.7)
Herr Siegfried Weise	Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen (zu TOP 4.8)
Frau Martina Woiwode	Bereich Verkehrsanlagen (zu TOP 4.9, 5.1)
Herr Norman Niehoff	Bereich Verkehrsentwicklung (zu TOP 4.10, 4.11, 4.12, 4.13, 5.2)
Herr Dr. Oliver Stock	Vorsitzender Kleingartenverein Sacrow- Meedehorn e. V. (Rederecht zu TOP 4.11)
Herr Oliver Glaser	Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH (zu TOP 5.1)

Protokoll:
Frau Anhoff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.03.2016 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Modellversuch Zeppelinstraße
Vorlage: 15/SVV/0741
Fraktion DIE LINKE
(Rücküberweisung)
 - 4.2 Kommunalen Wohnungsbestand erhalten
Vorlage: 16/SVV/0041
Fraktion DIE aNDERE
GSI, HA
(Wiedervorlage)
 - 4.3 Lichtmasterplan
Vorlage: 16/SVV/0062
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KOUL (ff)
(Wiedervorlage)
 - 4.4 Bebauungsplan Nr. 125 "Uferzone Griebnitzsee" Abwägung und
Satzungsbeschluss
Vorlage: 16/SVV/0098
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL
(Wiedervorlage)
 - 4.5 Ampel an der Kreuzung Georg-Herrmann-Allee/Kiepenheuerallee
Vorlage: 16/SVV/0104
Fraktion CDU/ANW, SPD
 - 4.6 Neufassung der Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0117
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
KOUL, HA
 - 4.7 Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung in der Landeshauptstadt
Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0125
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
alle Ausschüsse (außer E/B, RPA)
 - 4.8 Erhaltung der Biosphäre als dauerhafte touristische Einrichtung
Vorlage: 16/SVV/0126
Fraktion DIE LINKE
 - 4.9 Weg für Fußgänger und Radfahrer in Neu Fahrland
Vorlage: 16/SVV/0127

- Fraktion Bürgerbündnis-FDP
OBR Fahrland und Neu Fahrland
- 4.10 Informationen zum Verhandlungsstand über die Einführung eines Kombitickets (Fahrschein=Parkschein) am Bahnhof Pirschheide
Vorlage: 16/SVV/0140
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL
(Mitteilungsvorlage)
- 4.11 Weg um Meedehorn in Sacrow
Vorlage: 16/SVV/0141
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL
(Mitteilungsvorlage)
- 4.12 Realisierung Radweg Schlaatz-Stern und Fortführung zur Innenstadt
Vorlage: 16/SVV/0142
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
HA
(Mitteilungsvorlage)
- 4.13 Kreuzungsbereich am Bahnhof Medienstadt
Vorlage: 16/SVV/0144
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)
- 4.14 Konzept für das ehemalige Grenzanlagengelände am Jungfernsee
Vorlage: 16/SVV/0156
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
KW, KOUL
(Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Gleiserneuerung in der Heinrich - Mann - Allee in Potsdam zwischen Abzweig zum Hauptbahnhof und Abzweig Waldstraße
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 5.2 Prüfergebnis zum Beschluss 15/SVV/0392 Alternative Verkehrsführung an der Kreuzung Zeppelinstraße/Breite Straße
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.3 Erörterung Planerfordernis, hier möglicher Grundschulstandort an der Sandscholle
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.4 Sachstand zur Umsetzung der Maßnahmen zur Luftreinhaltung in der Zeppelinstraße gemäß Beschluss 15/SVV/0620 (i.V.m. TOP 4.1 Modellversuch Zeppelinstraße)
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.5 Antwort zur Anfrage nächtliche Ampelschaltung für Menschen mit Sehbehinderung
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 6 Sonstiges

- 6.1 Benennung eines Vertreters als Sachpreisrichter für den städtebaulichen Realisierungswettbewerb Plantage

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Ralf Jäkel, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.03.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 8.3.2016 gibt es keine Einwände; sie wird wie vorgelegt mit 4:0:3 bestätigt.

Zum Tagesordnungspunkt 4.11 gibt einen Antrag auf Rederecht von Herrn Dr. Stock, Vorsitzender des Kleingartenvereins Sacrow-Meedehorn e. V. Er möchte zur Mitteilungsvorlage „Weg um Meedehorn in Sacrow“ sprechen. Dem Rederecht wird stattgegeben.

Zur Tagesordnung gibt es folgende Anmerkungen: Den Tagesordnungspunkt 4.3 Lichtmasterplan bittet Frau Hüneke nochmals zu vertagen. In dieser Angelegenheit gebe es noch ein Treffen der Fraktion mit dem Geschäftsführer der Stadtbeleuchtung Potsdam GmbH, in dem man sich noch einmal detailliert beraten lassen möchte. Dieses Treffen solle abgewartet werden, bevor der Tagesordnungspunkt erneut im Ausschuss behandelt wird.

Zum Tagesordnungspunkt 4.6 Neufassung der Sondernutzungssatzung stellt Herr Jäkel für diese Sitzung einen umfangreichen Änderungsantrag in Aussicht. Er möchte den Mitgliedern die Gelegenheit geben, sich diesen in Ruhe anzuschauen und eventuell zu ergänzen und schlägt daher vor, den Tagesordnungspunkt 4.6 heute in 1. Lesung zu behandeln.

Gegen die Vorschläge gibt es keine Gegenrede. Der Ausschussvorsitzende stellt die Tagesordnung wie soeben vorgeschlagen zur Abstimmung; sie wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Vorstellung von Bauvorhaben

Der Ausschussvorsitzende berichtet, dass über die Bauvorhaben im Vorfeld der Sitzung beraten wurde.

Herr Kühnemann führt aus, dass in diesem Rahmen auch die Nutzungsänderungen eines Handwerker- und Gewerbehofes in Babelsberg vorgestellt worden seien, wozu sich noch Rückfragen ergeben hätten. Er bittet die betreffenden Punkte im Ausschuss noch einmal gesondert vorzustellen und schlägt hierfür die übernächste Ausschusssitzung vor. Näher eingegangen werden soll dabei auf den Planungs- wie auf den derzeitigen Nutzungsstand.

Herr Goetzmann stimmt dem zu und schlägt vor, dazu je einen Vertreter von der Wirtschaftsförderung sowie des Gewerbehofes zum Termin zu laden.

Das Thema wird als Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr für den 26.4. auf die Tagesordnung genommen.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Modellversuch Zeppelinstraße

Vorlage: 15/SVV/0741

Fraktion DIE LINKE
(Rücküberweisung)

i.V.m. TOP 5.4

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine Rücküberweisung aus der Stadtverordnetenversammlung handelt und ruft den alten Antrag noch einmal in Erinnerung. Da zum Thema Zeppelinstraße auch noch eine Sachstandsmitteilung unter Mitteilungen der Verwaltung (5.4) vorgesehen ist, schlägt er vor, den Tagesordnungspunkt 5.4 Sachstand zur Umsetzung der Maßnahmen zur Luftreinhaltung in der Zeppelinstraße gemäß Beschluss 15/SVV/0620 vorzuziehen und an dieser Stelle zu hören. Dagegen gibt es keine Einwände.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die geplanten Maßnahmen u. a. zum Radverkehr und zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) noch einmal vor und geht auf den Umfang des Modellversuches ein. Er macht noch einmal deutlich, dass alle Maßnahmen gemeinsam vorzunehmen seien. Er geht auf den Zeitplan des Modellversuches ein und weist darauf hin, dass es bereits vor Beginn des eigentlichen Versuchs, durch Umbauten/ Markierungsarbeiten, zu Einschränkungen kommen werde. Diese seien nach der bisherigen Abstimmung für den Sommer geplant, der Modellversuch selbst starte dann zu Beginn des neuen Schuljahres. Die Umsetzung des Modellversuchs mache eine Reduzierung des Kfz-Verkehres nötig. Möglich sind hier u. a. eine Verlagerung in Richtung Radverkehr oder der Umstieg auf die Tram. Für Pendler aus dem Umland gibt es die Möglichkeit von Park+Ride bzw. Bike+Ride am Bahnhof Pirschheide. Eine Bustaktverdichtung auf den entsprechenden Linien ist ebenfalls angedacht. Eine solche Taktverdichtung obliege jedoch nicht der Landeshauptstadt Potsdam, sondern im Verantwortungsbereich des Landkreises Potsdam Mittelmark, mit

dem man derzeit in Verhandlungen darüber stehe.

Herr Goetzmann macht ergänzende Ausführungen zum Verhandlungsstand mit dem Landkreis Potsdam Mittelmark zur Bustaktverdichtung. Hier gebe es noch Klärungsbedarf zur Kostenerstattung für Durchfahrten von Umlandbuslinien nach Potsdam hinein vonseiten der Landeshauptstadt an den Landkreis. Dies müsse jedoch aus Sicht des Landkreises vor Festlegung einer Taktverdichtung geklärt sein. Eine Taktverdichtung zum September 2016 müsse beim Landkreis bis Ende März 2016 bestellt werden. Hier könne es Probleme für die Einhaltung der Zeitschiene geben. Nach den konkreten Kosten befragt, führt er aus, dass diese für die Gesamtheit aller nach Potsdam „einstrahlenden“ Busverkehre berechnet würden und sich seit 2011 auf 85 Cent je gefahrenen Kilometer beliefen. Das entspreche einem derzeitigen Jahresvolumen von 500 000 - 550 000 €. Diese Summe müsse aus Sicht des Landkreises nach oben angepasst werden. Herr Goetzmann vermutet hierzu noch länger währende Verhandlungen. Eine Angebotsverbesserung des Busverkehrs sei jedoch nach der Beschlusslage mit ausschlaggebend für den Modellversuch. Weswegen auch ein späterer Zeitpunkt für den Versuch vorstellbar wäre, sollte eine Bustaktverdichtung in diesem Jahr nicht realisiert werden können.

Herr Schütt erkundigt sich nach der Sicherstellung der benannten Restplatzkapazitäten der Tram, die seiner Meinung nach nicht mit den tatsächlichen Arbeitszeiten der Kunden zusammengingen.

Auch Herr Jäkel hat hier seine Zweifel. Start und Ziel der Pendler stimmten nicht immer mit der Tramstrecke überein, sodass hier die Tram alleine nicht ausreichend sei. Realistisch wäre es, beispielsweise auch über eine Taktverdichtung bei der Regionalbahn nachzudenken.

Herr Naumann führt aus, den Modellversuch solange aufzuschieben bis die Busspur nach Geltow realisiert ist, nur dann mache ein solcher Versuch auch wirklich Sinn.

Herr Eichert verweist auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung und macht deutlich, dass die Reihenfolge der Maßnahmen so gestaltet sein müsste, dass alles funktioniert. Dies sei eine Verwaltungsaufgabe.

Herr Niehoff geht auf die Anmerkungen ein. Er hält das Gesamtangebot des ÖPNV in Verbindung mit eventuellen fußläufigen Erreichbarkeiten für ausreichend und zumutbar.

Herr Goetzmann ergänzt, dass nicht alle Nutzer der Zeppelinstraße an feste Arbeitszeiten gebunden seien, sondern durchaus variieren könnten. Zudem müssten lediglich 16 Prozent des Verkehrs aus der Hauptverkehrszeit aus der Zeppelinstraße genommen werden. Das reiche schon aus.

Frau Hüneke stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes bis die Verhandlungen der Stadt mit dem Landkreis

abgeschlossen sind. Herr Schultheiß spricht für den Antrag. Herr Kaminski dagegen.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Er wird mit 4:3:0 angenommen.

Der Antrag wird zunächst in der nächsten Ausschusssitzung am 12.4. wieder aufgerufen.

zu 4.2 Kommunalen Wohnungsbestand erhalten

Vorlage: 16/SVV/0041

Fraktion DIE aNDERE

GSI, HA

(Wiedervorlage)

Frau Heigl bringt den Antrag ein und erläutert ihn. Aus nochmaligen Gesprächen mit der ProPotsdam hätten sich keine Änderungen für den Antrag ergeben. Er bleibt in der Ursprungsform aufrechterhalten. Im Einzelnen handelt es sich um noch 100 Wohnungen, die in den nächsten drei Jahren durch die ProPotsdam verkauft werden sollen. Danach seien keine Wohnungsverkäufe mehr geplant. Jedoch sollten auch die zum Verkauf vorgesehenen Wohnungen erhalten bleiben. Frau Heigl könne sich vorstellen, noch einmal einen Vertreter der ProPotsdam in die Sitzung zu laden und über den Antrag danach zu befinden.

Einige Mitglieder sprechen sich gegen den Antrag aus.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter der städtischen Wohnungsgesellschaft ProPotsdam GmbH beauftragt, deren Geschäftsführung anzuweisen, künftig keine Verkäufe von Mietobjekten aus dem Bestand der ProPotsdam mehr vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **0**

Ablehnung: **5**

Stimmenthaltung: **2**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

zu 4.3 Lichtmasterplan

Vorlage: 16/SVV/0062

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KOUL (ff)
(Wiedervorlage)

(sh. Abstimmung zur Tagesordnung)

zu 4.4 Bebauungsplan Nr. 125 "Uferzone Griebnitzsee" Abwägung und Satzungsbeschluss

Vorlage: 16/SVV/0098

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

KOUL

(Wiedervorlage)

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die 1. Lesung dieses Tagesordnungspunktes in der vergangenen Sitzung sowie auf die erfolgte Abstimmung im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung, in der der Antrag bei einer Stimmenthaltung angenommen worden ist.

Redebedarf der Mitglieder besteht nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 125 „Uferzone Griebnitzsee“ entschieden (gemäß Anlagen 3A und 3B).

2. Die Landeshauptstadt Potsdam verpflichtet sich, die umweltbezogenen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bebauungsplans Nr. 125 „Uferzone Griebnitzsee“ durchzuführen (siehe Anlage 4).

3. Der Bebauungsplan Nr. 125 „Uferzone Griebnitzsee“ wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (siehe Anlagen 5, 6 und 7).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **6**

Ablehnung: **0**

Stimmenthaltung: **1**

zu 4.5 Ampel an der Kreuzung Georg-Herrmann-Allee/Kiepenheuerallee
Vorlage: 16/SVV/0104

Fraktion CDU/ANW, SPD

Herr Becker (Bereich Verkehr und Technik) macht zunächst darauf aufmerksam, dass die derzeitige Formulierung des Antrages rechtlich nicht zulässig ist. Zudem sei die darin beantragte Prüfung bereits vorgesehen. Aufgrund einer Baustelle ist die in Rede stehende Ampel noch bis zum 8.4. in Betrieb. Danach wird sie abgeschaltet und eine Verkehrserhebung an der Kreuzung vorgenommen. Dann würde auch entschieden werden, ob die Ampel wieder in Betrieb genommen wird oder abgeschaltet bleibt.

Aufgrund dieser Informationen schlägt Herr Eichert vor, den Antrag zu vertagen, bis ein entsprechendes Prüfergebnis der Verwaltung vorliegt.

Der Ausschussvorsitzende lässt über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Er wird einstimmig **angenommen**.

zu 4.6 Neufassung der Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0117

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
KOUL, HA

Herr Wustrack (Bereich Verkehr und Technik) erläutert ausführlich den Sachstand zur Vorlage anhand einer PowerPoint-Präsentation (entsprechende Unterlagen sind in der Aktenmappe enthalten). Eine Neufassung wurde notwendig, da die derzeit geltende Satzung überaltert ist und dahingehend auch schon Hinweise aus verwaltungsgerichtlicher Seite an die Stadtverwaltung gingen. Er geht umfänglich auf die Änderungen ein, bei denen es sich vornehmlich um die Einpflegung der neuen Rechtslage handelt. Die wesentlichste Änderung sei die Einteilung der Stadt in drei Gebührenzonen, was auch einen Gebührenvergleich von alt zu neu schwierig mache.

Herr Jäkel bittet zunächst, zur Vorbereitung auf die nächste Sitzung, die geltende Satzung einschließlich der geltenden Gebühren zum Protokoll zu geben und bringt folgenden Änderungsantrag ein:

„In die Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen der LH Potsdam sind nachfolgende Änderungen einzuarbeiten:

1.)

Die Gebühren für Warenpräsentationen, Verkaufsstände, Verkaufsanhänger, Kleinsthändler gemäß Tarif-Nummern 2. bis 3.4.1 sowie Kleinkunst bis Trödelmärkte gemäß Tarif-Nummern 4. bis 8. sind gegenüber der bisher geltenden Satzung nicht zu erhöhen. Die Mindereinnahmen gegenüber der Planung sind vollständig mit Punkt 2 und 3 und 4 des Änderungsantrages auszugleichen.

2.)

Die Gebühr für Nutzung der Straße für Filmaufnahmen je Drehort, Tarif-Nummer 11, wird mit 150,00 € anstatt 65,00 € festgesetzt.

3.)

Die Gebühren für die Inanspruchnahme von Fahrbahnflächen nach Tarif-Nummer 12.1 werden verdoppelt gegenüber dem vorliegenden Entwurf. Neu Zone 1: 6,00 €/m², mindestens 30,00 €, Zone 2: 5,00 €/m², mindestens 30,00 €, Zone 3: 4,40 €/m², mindestens 20,00 €.

4.)

Der § 9 der Satzung wird um einen Absatz (6) ergänzt:

Die Gebühren für die Inanspruchnahme von Fahrbahnflächen werden um 50 % der Regelsätze erhöht, wenn damit eine Vollsperrung einer Fahrtrichtung einer öffentlich gewidmeten Straße verbunden ist. Die Gebühren werden um 100 % erhöht, wenn eine Vollsperrung beider Fahrtrichtungen Folge der beantragten Sondernutzung ist.

Ab der dritten Woche einer Inanspruchnahme von Fahrbahnflächen mit der Folge von Sperrungen wenigstens einer kompletten Fahrtrichtung in der betreffenden Straße erhöhen sich die Gebühren um weitere 50 %.“

Er erläutert und begründet ihn ausführlich und bietet den Mitgliedern an, ihn sich bis zur nächsten Sitzung noch einmal in Ruhe anzuschauen.

Herr Wustrack geht auf mehrere inhaltliche Nachfragen der Mitglieder ein. Er wird die Anregungen aus dieser Sitzung zur Prüfung mitnehmen und neben der geltenden Satzung auch eventuelle neue Sachstände den Mitgliedern zur nächsten Sitzung zur Verfügung stellen.

Da es sich nach Aussage von Herrn Wustrack bei Punkt vier des Änderungsantrages um einen Regelungsgegenstand im Bundesrecht handelt, streicht Herr Jäkel diesen, sodass es nun wie folgt heißt:

„In die Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen der LH Potsdam sind nachfolgende Änderungen einzuarbeiten:

1.)

Die Gebühren für Warenpräsentationen, Verkaufsstände, Verkaufsanhänger, Kleinsthändler gemäß Tarif-Nummern 2. bis 3.4.1 sowie Kleinkunst bis Trödelmärkte gemäß Tarif-Nummern 4. bis 8. sind gegenüber der bisher geltenden Satzung nicht zu erhöhen. Die Mindereinnahmen gegenüber der Planung sind vollständig mit Punkt 2 und 3 und 4 des Änderungsantrages auszugleichen.

2.)

Die Gebühr für Nutzung der Straße für Filmaufnahmen je Drehort, Tarif-Nummer 11, wird mit 150,00 € anstatt 65,00 € festgesetzt.

3.)

Die Gebühren für die Inanspruchnahme von Fahrbahnflächen nach Tarif-Nummer 12.1 werden verdoppelt gegenüber dem vorliegenden Entwurf. Neu Zone 1: 6,00 €/m², mindestens 30,00 €, Zone 2: 5,00 €/m², mindestens 30,00 €, Zone 3: 4,40 €/m², mindestens 20,00 €.

4.)

~~Der § 9 der Satzung wird um einen Absatz (6) ergänzt:~~

~~Die Gebühren für die Inanspruchnahme von Fahrbahnflächen werden um 50 % der Regelsätze erhöht, wenn damit eine Vollsperrung einer Fahrtrichtung einer öffentlich gewidmeten Straße verbunden ist. Die Gebühren werden um 100 % erhöht, wenn eine Vollsperrung beider Fahrtrichtungen Folge der beantragten Sondernutzung ist.~~

~~Ab der dritten Woche einer Inanspruchnahme von Fahrbahnflächen mit der Folge von Sperrungen wenigstens einer kompletten Fahrtrichtung in der betreffenden Straße erhöhen sich die Gebühren um weitere 50 %.~~

Gemäß der Absprache zur Tagesordnung wird dieser Tagesordnungspunkt heute in 1. Lesung behandelt und in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 12.4. erneut aufgerufen.

**zu 4.7 Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung in der Landeshauptstadt
Potsdam**

Vorlage: 16/SVV/0125

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
alle Ausschüsse (außer E/B, RPA)

Frau Hüneke bringt den Antrag ein, erläutert ihn kurz und bittet um Zustimmung.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Resolution des Deutschen Städtetages zu unterzeichnen, die die Entwicklungsziele für Nachhaltigkeit und Armutsbekämpfung in der 2030-Agenda unterstützt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.8 Erhaltung der Biosphäre als dauerhafte touristische Einrichtung

Vorlage: 16/SVV/0126

Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Prüfauftrag ein und begründet ihn.

Herr Weise (Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen) weist darauf hin, dass das hier Beantragte bereits untersucht worden sei. Die umfangreich durchgeführten Variantenuntersuchungen kamen zu keinem wirtschaftlichen Ergebnis. Auch Gespräche mit der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) hätten nichts an diesem Resultat geändert. Er weist aber darauf hin, dass es trotzdem auch in Zukunft noch weitere Gespräche mit der ILB geben wird. Die angedachte Nutzung der Biosphäre als Schule sei daher eine gute Möglichkeit. Für den Antrag sehe er keine Aussichten auf Erfolg.

Herr Jäkel erkundigt sich noch einmal nach der von Herrn Weise angesprochenen erforderlichen (Dach)Sanierung sowie deren Kosten und ob er die genannte Summe von 5 Millionen Euro richtig verstanden habe.

Herr Weise bejaht.

Herr Tomczak möchte wissen, ob die Nutzung als öffentliche Schule geprüft wurde und ob dies noch eine Option sei.

Herr Weise weist darauf hin, dass eine solche Prüfung vorgenommen worden sei, wegen der Wirtschaftlichkeit aber eine private Schule durch die Verwaltung favorisiert werde. Damit sei eine öffentliche Schule jedoch noch nicht vom Tisch. Er kündigt eine Beschlussvorlage der Verwaltung dazu an, der dann alle geprüften Maßnahmen zu entnehmen seien. Geplant sei eine solche Vorlage zum Mai dieses Jahres.

Herr Krause sieht den hiesigen Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt, da die darin geforderten Prüfungen in der Hauptsache bereits vorgenommen worden seien.

Dem widerspricht Herr Jäkel, der noch offene Prüfpunkte sieht, insbesondere die kommerzielle Nutzung der beiden Randbereiche der Biosphäre, die spezielle Förderung und Mitnutzung durch das Land und den Erfahrungsaustausch mit den im Antrag aufgezeigten ähnlichen Einrichtungen in Berlin und Magdeburg .

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag mit der Anpassung des Datums zur Vorstellung des Prüfergebnisses auf Mai 2016 zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, parallel zur Prüfung einer Schulnutzung ein neues zukunftsfähiges Nutzungskonzept zum dauerhaften Weiterbetrieb der Biosphäre Potsdam als touristische und bildungspolitische Einrichtung zu prüfen.

Dabei ist ein modulares Konzept zu entwickeln, bei dem der Kern der Biosphäre aufgewertet und mit seinem touristischen und bildungspolitischen Angebot erhalten wird. Es sind neue Ansätze zur Finanzierung des Zuschussbedarfes unter Einbeziehung von

Förder- und Nutzungsmöglichkeiten des Landes Brandenburg und durch sinnvolle ergänzende kommerzielle Nutzungen zu prüfen. Dazu ist das Land zu konsultieren. Es sind Synergien durch Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen anzustreben. Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung bis ~~September~~**Mai** 2016 vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	5
Stimmhaltung:	0

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

zu 4.9 Weg für Fußgänger und Radfahrer in Neu Fahrland

Vorlage: 16/SVV/0127

Fraktion Bürgerbündnis-FDP
OBR Fahrland und Neu Fahrland

Frau Dr. Klockow bringt den Antrag ein, erläutert ihn und bittet um Zustimmung.

Herr Jäkel verweist auf das Ergebnis aus dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 17.3., in dem der Antrag mit einer Ergänzung zur geplanten Tramtrasse nach Krampnitz angenommen wurde.

Auf Nachfrage zu den Kosten und wie diese in die Haushaltsplanungen einzusortieren seien, gibt Frau Dr. Klockow zur Kenntnis, dass dies bereits Gegenstand einer Prüfung war und die entsprechenden Ergebnisse vorlägen.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) verweist dazu auf die Mitteilungsvorlage DS 15/SVV/0791, in der Auskunft über die oben genannte Prüfung gegeben wird. Über den investiven Haushalt wird eine Finanzierung nicht möglich sein. Als Kompromiss bietet sie aber an, durch eine Schaffung einer Überquerung der B2 und den Bau einer Insel eine Verbesserung der Situation Vorort zu ermöglichen. Eine Finanzierung wäre hier über den laufenden Aufwand möglich. Hier lägen die Kosten mit 44 000 € zudem deutlich unter dem, was der Bau eines neuen Fuß- und Radweges kosten würde (rd. 240 000 €).

Diesen Vorschlag lehnt Frau Dr. Klockow mit Hinweis auf die Gefahrenlage an der stark befahrenen B2 ab.

Herr Kaminski sieht in dem Vorschlag der Verwaltung, eine Querung der B2 mit Insel zu schaffen, in Anbetracht der angespannten Haushaltslage einen annehmbaren Kompromiss.

Herr Eichert bringt, resultierend aus der Summe der Diskussionsbeiträge, folgenden Änderungsantrag ein:

"Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **zur Realisierung** eines sicheren, befestigten und beleuchteten Geh-/Radweges zwischen der Siedlung „Am Föhrenhang“ und der Straße „Am Kirchberg“ unter Berücksichtigung **der Freihaltetrasse für die Straßenanbindung Kaserne Krampnitz zu prüfen, ob dies mit einer Finanzierung über Fördermittel und mit den laufenden Ausgaben im aktuellen Haushalt erfolgen kann.**“

Um den eingebrachten Änderungsantrag prüfen zu können, wird der Tagesordnungspunkt auf Bitten des Einbringers auf die nächste Sitzung vertagt.

**zu 4.10 Informationen zum Verhandlungsstand über die Einführung eines Kombitickets (Fahrschein=Parkschein) am Bahnhof Pirschheide
Vorlage: 16/SVV/0140**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschussvorsitzende stellt die vorliegende Mitteilungsvorlage zur Diskussion.

Frau Hüneke erkundigt sich, ob nicht auch die umgekehrte Variante, also Parkschein=Fahrschein möglich wäre.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) gibt an, dass auch diese Möglichkeit als Variante geprüft würde. Das betrifft aber ein laufendes Verfahren und ist noch nicht abgeschlossen.

Herr Naumann bittet auch zu prüfen, bei der derzeitigen kostenlosen Variante zu bleiben.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage DS 16/SVV/0140 zur Kenntnis.

**zu 4.11 Weg um Meedehorn in Sacrow
Vorlage: 16/SVV/0141**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschussvorsitzende erteilt Herrn Dr. Stock, Vorsitzender des Kleingartenvereins Sacrow-Meedehorn e. V., im Rahmen des zu Beginn der Sitzung beantragten Rederechtes das Wort.

Herr Dr. Stock erläutert anhand einer Karte, die dem Protokoll beigelegt wird, den Zustand Vorort. Der Uferstreifen sei im Besitz der Stadt. Er werde nicht genutzt,

auch vom Kleingartenverein nicht, da es sich hier um ein zu schützendes Biotop handele. Der Kleingartenverein hätte aber unter Aufwendung finanzieller Mittel dessen Pflege übernommen. Neben einem vorhandenen öffentlichen, um die halbe Halbinsel führenden, Panoramaweg, könnten Besucher für den Rückweg (von April bis November) auch den privaten Weg des Kleingartenvereins nutzen. Für einen neu anzulegenden Uferweg müssten massiv Bäume gefällt werden. Um eine Zerstörung des Biotops zu verhindern dürfe daher kein Uferweg ausgebaut werden. Er schlägt stattdessen eine Verbesserung der bereits vorhandenen Beschilderung zu den Möglichkeiten der Nutzung des Areals vor.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) erläutert, wie es überhaupt zur Aufnahme des Meedehorns gekommen sei. In die Uferkonzeption von 2001 sei eine Zugänglichkeit der Nordseite des Meedehorns nicht in die Liste der Veränderungsbereiche aufgenommen worden, um das dort bestehende Naturschutzgebiet nicht zusätzlich zu belasten. Derzeit wird seitens der Stadtverwaltung eine Strategie zur Umsetzung der Uferkonzeption 2001 erarbeitet. In diesem Zusammenhang wurde auch die Durchwegung des Meedehorns als weitere Maßnahme in die Liste der zukünftigen Veränderungsbereiche aufgenommen. Die Erarbeitung der Umsetzungsstrategie läuft gegenwärtig. Zu gegebener Zeit werde man auch die heutigen Hinweise einbeziehen. Aktuell würden Vorort keine Änderungen vorgenommen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage DS 16/SVV/0141 zur Kenntnis.

zu 4.12 Realisierung Radweg Schlaatz-Stern und Fortführung zur Innenstadt
Vorlage: 16/SVV/0142

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
HA
(Mitteilungsvorlage)

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) erläutert die Mitteilungsvorlage.

Auf die Nachfrage von Herrn Jäkel nach dem Stand der Realisierung des Radweges gibt Herr Niehoff zu Kenntnis, dass mit einer Umsetzung bis zum 3./4. Quartal dieses Jahres gerechnet wird.

Herr Eichert gibt an, zum Fahrzeugrückhaltesystem andere Informationen, als in der Mitteilungsvorlage beschrieben, zu haben.

Herr Niehoff verweist darauf, dass es zwar Rückhaltesysteme gäbe, diese aber an dieser Stelle nicht zugelassen worden seien.

Im Nachgang zur Sitzung gibt Herr von Einem (Bereich Verkehrsentwicklung) Folgendes zu Protokoll:

„Es gibt derzeit noch kein anderes Fahrzeugrückhaltesystem, das platzsparender auf der Brücke montiert werden könnte und die benötigten Kriterien für die

Anbringung an Brücken erfüllt, um die Einsatzfreigabe der Bundesanstalt für Straßenwesen zu erhalten. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es sich um eine Brücke über eine Eisenbahnlinie handelt und Fahrzeuge, welche das Fahrzeugrückhaltesystem durchbrechen und von der Brücke fallen auch eine erhebliche Gefahr für den Eisenbahnverkehr sind.“

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage DS 16/SVV/0142 zur Kenntnis.

zu 4.13 Kreuzungsbereich am Bahnhof Medienstadt

Vorlage: 16/SVV/0144

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)

Nachfragen zur Mitteilungsvorlage gibt es keine.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage DS 16/SVV/0144 zur Kenntnis.

zu 4.14 Konzept für das ehemalige Grenzanlagengelände am Jungferensee

Vorlage: 16/SVV/0156

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
KW, KOUL
(Mitteilungsvorlage)

Frau Hüneke verweist auf die Behandlung im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft, wo man sich per Beschluss darauf verständigt habe, über den Bereich Kultur dem Ausschuss jeweils zum Jahresende einen Sachstandbericht zu geben. Der Bereich Kultur werde dieses Thema also weiter betreiben.

Herr Jäkel bittet um die Prüfung einer Lösung, die ohne die Hinzuziehung von externem Fachpersonal auskomme.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage DS 16/SVV/0156 zur Kenntnis.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Gleiserneuerung in der Heinrich - Mann - Allee in Potsdam zwischen Abzweig zum Hauptbahnhof und Abzweig Waldstraße

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Glaser (Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH) geht anhand einer PowerPoint-Präsentation, die diesem Protokoll anliegt, ausführlich auf die geplante Gleiserneuerung ein.

Herr Schultheiß hat Sorge mit der geplanten Umgestaltung der Heinrich-Mann-Allee eine zweite Zeppelinstraße zu schaffen. Außerdem möchte er wissen, warum die Straßenbahn nicht schon den Abzweig über die Friedhofsgasse nehmen kann?

Diesbezüglich verweist die Verwaltung auf den Antrag DS 15/SVV/0894 „Prüfung der Alternativvorschläge des Verkehrstisches Potsdam“, der am 9.2. Gegenstand im SBV-Ausschuss war und dort diskutiert wurde (sh. Protokoll SBV-Ausschuss 9.2.2016).

Von Herrn Wiggert auf die Trambreite angesprochen, informiert Herr Glaser, dass derzeit eine Wagenkastenbreite von 2,40 m eingeführt würde und auf einigen Strecken bereits Trams dieser Ausmaße fahren. Auf lange Sicht sei aber eine Trambreite von 2,65 m für das Stadtgebiet angestrebt. Demnach solle bei Umbaumaßnahmen der Gleisabstand gleich auf diese Kastenbreite ausgerichtet gebaut werden.

Herr Jäkel spricht sich deutlich gegen eine Wagenkastenbreite von 2,65 m aus. Mehr als 2,40 m sollen auf gar keinen Fall zugelassen werden. Potsdam sei eine historisch gewachsene Stadt, an deren Maßen man sich orientieren sollte.

Herr Niehoff greift die Bedenken zur Umgestaltung der Heinrich-Mann-Allee auf und erklärt, dass bei aktueller Spureinengung der Verkehr reibungslos funktioniere. Eine Machbarkeitsuntersuchung 2011 habe das schon als möglich herausgestellt. Die Leistungsfähigkeit werde nicht eingeschränkt.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, den Ausschussmitgliedern die Gelegenheit zur Sichtung der Unterlagen (PowerPoint-Präsentation) zu geben und das Thema gegebenenfalls erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

zu 5.2 Prüfergebnis zum Beschluss 15/SVV/0392 Alternative Verkehrsführung an der Kreuzung Zeppelinstraße/Breite Straße

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) erläutert das Prüfergebnis anhand einer PowerPoint-Präsentation, die dem Protokoll beigelegt wird. Das Prüfergebnis basiert auf einer Diplomarbeit der Fachhochschule Potsdam aus dem Fachgebiet Verkehrswesen. Untersucht wurden drei Bereiche, 1. vier Varianten zum Knotenpunkt Zeppelinstraße/ Breite Straße, 2. Öffnung der Schopenhauerstraße und 3. Knotenpunkt Zeppelinstraße/ Kastanienallee. Dabei ergebe sich für den Untersuchungsbereich 1 die Vorzugslösung der Tramtrasse in Tieflage. Zum Untersuchungsbereich 2 kann aus Sicht der Verwaltung eine Öffnung der Schopenhauerstraße nicht empfohlen werden, weil die Nachteile hier deutlich überwiegen. Zum Untersuchungsbereich 3 ist festzustellen, dass kleinteilige kurzfristige Maßnahmen an dieser Stelle nicht zu einer Verbesserung der Situation führten. Für eine spürbare Verbesserung müsste hier der gesamte Knotenpunkt in Angriff genommen werden. Dennoch würden auch kleinteilige Maßnahmen in eine weitere Prüfung einbezogen.

Einige Mitglieder begrüßen die Vorzugslösung für den Knotenpunkt Zeppelinstraße/ Breite Straße.

Herr Jäkel spricht sich gegen einen generellen Ausschluss der Öffnung der Schopenhauerstraße aus. In der Zeppelinstraße lebten deutlich mehr Menschen als in der Schopenhauerstraße, weswegen man diese Lösung nicht von vornherein ausschließen sollte. Bei Öffnung der Schopenhauerstraße zur B 273 halbiert sich die Fahrtstrecke der KFZ im Vergleich zum derzeitigen Umweg über Breite Straße und Zeppelinstraße. Das spart Schadstoffemissionen, Lärm und Belästigungen ganz erheblich und beseitigt die Überlastung des Knotens Breite Straße zur Zeppelinstraße! Es ist möglich, spezifische Lösungen beim Anschluss der Charlottenstraße zu finden.

Frau Hüneke plädiert für die Sperrung der Schopenhauerstraße.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

zu 5.3 Erörterung Planerfordernis, hier möglicher Grundschulstandort an der Sandscholle

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann führt aus, dass es sich hierbei um eine Größenordnung von über zwei Hektar handele und darum nach der erfolgten grundsätzlichen Verständigung im Ausschuss zu berichten sei. Er erläutert das Vorhaben anhand einer PowerPoint-Präsentation, die diesem Protokoll beigefügt wird. Im Moment gingen die Überlegungen zur Realisierung des Projektes eher in Richtung Bebauungsplan. Auf Nachfrage macht er abschließend noch einige Ausführungen zu geplanten Schulstandorten.

Der Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung die wesentlichen Informationen zu diesem Sachverhalt den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

zu 5.4 Sachstand zur Umsetzung der Maßnahmen zur Luftreinhaltung in der Zeppelinstraße gemäß Beschluss 15/SVV/0620 (i.V.m. TOP 4.1 Modellversuch Zeppelinstraße)

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

(sh. Protokoll zum TOP 4.1)

zu 5.5 Antwort zur Anfrage nächtliche Ampelschaltung für Menschen mit Sehbehinderung

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Becker (Bereich Verkehr und Technik) informiert, dass sich die Nachfrage auf 13 Ampeln im Stadtgebiet beziehe, für die erbeten worden sei, die Schaltung für Sehbehinderte die ganze Nacht hindurch in Betrieb zu lassen. Eine Prüfung, ob dies realisierbar ist läuft zurzeit. Ein Prüfergebnis wird im April erwartet.

zu 6 Sonstiges

zu 6.1 Benennung eines Vertreters als Sachpreisrichter für den städtebaulichen Realisierungswettbewerb Plantage

Benannt werden Frau Reimers als Sachpreisrichterin und Herr Eichert als ihr Stellvertreter.

Ralf Jäkel
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift